

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Bestellungspreis mit Zustellung der Sonntags- und Feiertagsausgaben 3 Mk. für den Jahresbetrag. Einzelpreis 4 Pf. für den Monatsbetrag. Die Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten. Die Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten. Die Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten.



Verleger Wilsdruff Nr. 6 für die Geschäftsverhältnisse oder deren Nachbarn, Laubstr. 11, Wilsdruff. Die Wilsdruffer Zeitung wird von Montag bis Samstag um 7 Uhr morgens und am Sonntag um 10 Uhr abends herausgegeben. Die Wilsdruffer Zeitung wird von Montag bis Samstag um 7 Uhr morgens und am Sonntag um 10 Uhr abends herausgegeben.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 88.

Sonabend den 16. April 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Fettverteilung.

Das Wirtschaftsministerium hat die Ausgabe von Butter in der Woche vom 18. bis 24. April 1921 unterliegt und die Abgabe der dadurch ersparten Butter an die Landesfettstelle zur Verteilung der Zuschußkommunalverbände angeordnet.

Im Kommunalverband Reichen-Stadt und Land wird daher Abschnitt „V“ der Landesfettkarte auf die Zeit vom 18. bis 24. April 1921 unbefristet gelassen. Die Krankenbutterarten Abschnitt „V“ sind mit 50 g Butter zu beliefern. Der Kommunalverband weist darauf hin, daß weder die Gemeindebehörden noch

die Mitglieder der örtlichen Ernährungsausschüsse oder die Verkaufsstelleninhaber das Recht haben, die Ausgabe von Butter zu veranlassen. Wer unbefugte Butter abgibt oder sonst unbefugt über sie verfügt, wird nach § 35 der Speiseeinzelabnahmeordnung vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Diese Strafen treten ein, sofern nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuches noch härtere Strafen wegen Verletzung, Bedrohung usw. verhängt werden müssen. Nr. 367 II O. Kommunalverband Reichen-Stadt und Land.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In Berlin verlautet mit Bestimmtheit, daß in den nächsten Tagen ein neuer deutscher Vorschlag an die Entente abgehen werde.
- * Die deutsche Regierung wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die willkürliche Schadenersetzung der Reparationskommission.
- * Die deutsche Reichsregierung hat an Kaiser Wilhelm II. eine Velleidenschaftsgebung gerichtet.
- * Der Vorkommensausschuß des Reichstages lehnte die von den Unabhängigen beantragte frühere Einberufung des Reichstages ab.
- * Der Erzbischof von Köln veröffentlicht im Kräftigen Anzeiger der Erzdiözese eine Rundgebung gegen die Einrichtung weltlicher Schulen.
- * In der französischen Kammer wurde der Regierungsentwurf über die 50 Prozent Ausfuhrzölle auf deutsche Waren sehr kritisiert.
- * Der Generalkrieg in England ist jetzt endgültig beschlossen worden.

Berschwendete Kräfte.

Unsere Kohlenmächte und die stetigen Ansprüche unserer Feinde lenken die Gedanken aufs Neue auf die Wasserkraft, die sich zur industriellen Verwertung vorzüglich eignet. Die Kohle hört einmal auf, und was wir ohne Bestimmung in die Schornsteine gejagt haben, wird uns dann als Grundstoff für Farben und Chemikalien aller Art sehr fehlen. Die Wasserkraft erheben sich stets wieder, denn sie hängen nur von der Sonne ab. Solange also Menschen auf der Erde wohnen, wird es auch Wasserkraft geben, die sich in Elektrizität umsetzen lassen.

Neuerdings erhalten wir auch Überflüsse über die Wasserkraft der Erde, zahlungsfähig aufgezeichnet. Wir nennen ein Werk von Dr. G. Repondel, ferner Arbeiten von Thierbach in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Arbeiten im Jahrbuch für Elektrotechnik. Da erfahren wir, daß die Vereinigten Staaten über 20 Millionen Pferdekraften in dieser Form verfügen können, wovon sieben Millionen ausgenutzt werden. Kanada hat 19 Millionen, nutzt aber nur 2 Millionen aus. Die europäischen Länder Frankreich, Norwegen, Schweden, Spanien, Italien und Österreich-Ungarn (in seinem allein Umfang gerechnet) verfügen über je 4 bis 6 Millionen Pferdekraften, nutzen aber davon nur je 1/4 bis 1/2 Million aus. Bemerkenswert ist, daß Deutschland, dessen Wasserkraft auf nur 1 1/2 Millionen geschätzt werden, davon 43 Prozent, also fast die Hälfte, ausnutzt, und damit im Verhältnis an der Spitze marschiert. Die ziemlich starken Kräfte, über welche Norddeutschland auf dem weitestreckten baltischen Höhenzuge verfügt sind, obwohl diese Gegenden von den Kohlengebieten sehr entfernt liegen und also Kraft brauchen könnten, noch gar nicht in Angriff genommen; es fehlt dort an Industrie, und die Landwirtschaft zeigt wenig Interesse. Die ostpreussischen Wasserkraft der Passarge, der Alle, Angerap, Wissa und des masurenischen Kanals zusammen würden im Jahre 20 Millionen Kilowatt ergeben und damit den Gesamtbedarf der alten Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern decken.

Die elektrischen Qualitätsarbeiten Deutschlands hatten vor dem Kriege in der ganzen Welt einen vorzüglichen Ruf, der uns nicht so leicht genommen werden kann. Abgesehen von dem Bedarf des eigenen Marktes würde der Export von Motoren und Apparaten, deren Erzeugung naturgemäß mit der Zunahme der Kraftverwendung sich steigert, auf einen starken Aufschwung rechnen können. Bemerkenswert erscheint, daß gerade Großbritannien auf diesem Gebiete gar nicht mit uns in Wettbewerb treten kann. Großbritannien hat etwa 1 Million Pferdekraften verfügbaren Wasserkrafts, zumeist in Schottland, also weniger als Deutschland, aber ausgenutzt werden davon nur 80 000, d. h. der zwölfte Teil! Wenn England diesen Industriezweig wirklich mit Gewalt betreiben wollte, so würde es doch nicht die geeigneten Fachleute und Ingenieure haben und also auf die Hilfe von Amerikanern, Deutschen und Schweizern angewiesen sein.

Ein einheitliches Amt für die deutsche Wasserwirtschaft würde am Platze sein, um diese Frage dauernd zu fördern. Diese abjährlich sich erneuernden Kräfte, die wir jetzt ungenutzt ins Meer fließen lassen, können uns aus mancher Verlegenheit retten und den Grund zu späterem neuen Reichum retten.

Es sei dabei noch erwähnt, daß die bayerische Regierung neuerdings beabsichtigt, in München ein eigenes Forschungsinstitut zu errichten zum Studium der Frage, wie

man die Sonnenwärme direkt als Kraftquelle benutzen kann. Das ist nicht das erste, aber ein verwandtes Gebiet. Es führt weiter in die Zukunft, wenn wir einmal alle verfügbaren Wasserkraften in Betrieb genommen haben. —

Neutrale Vermittlung!

In Erwartung neuer deutscher Vorschläge.

Das Organ des Zentrums, die Berliner „Germania“, dessen Beziehungen zum Reichskanzler Feilerbach bekannt sind, veröffentlicht heute zu den Beratungen des Reichskabinetts folgende überraschende Information:

„Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding für ein Eingreifen zur Anhörung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, das Kabinett eingehend beschäftigt. Das Kabinett hat seinerseits auch bereits mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen Rücksprache genommen. In einem abschließenden Ergebnis sind die Besprechungen des Kabinetts jedoch noch nicht geblieben. Es steht aber fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewiesen werden darf. Es handelt sich bekanntlich hierbei darum, daß die Reichsregierung dem Präsidenten Harding neue Vorschläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage für neue Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts Endgültiges sagen. Es dürfte u. a. aber die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle spielen. Auch darüber dürfte Klarheit bestehen, daß in dem neuen deutschen Vorschlag eine bestimmte Entschädigungssumme genannt werden wird.“

Das Kabinett setzte seine Besprechungen fort. Ob es schon bald zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird, ist noch nicht zu übersehen. Sie dürfte jedoch in kürzester Frist erfolgen.

Die nächste Konferenz Anfang Mai.

Wie man in Berliner parlamentarischen Kreisen hört, wird in der Lat. Deutschland der Entente ein neues Zahlungsgeldangebot in den nächsten Tagen machen und eine neue Konferenz für Anfang Mai in Vorschlag bringen. Die deutsche Regierung wird die Einzelheiten demnächst dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten mitteilen.

Hardings' sieben Punkte.

Aus Washington wird berichtet: Anschließend an seine Vorkauf hat Präsident Harding sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt:

1. Aufhebung des Vertrages von Versailles, einschließlich der Völkerbundförmigkeit;
2. Annahme der Resolution Wilson, durch die der tatsächliche Friedenszustand erklärt wird;
3. Aufnahme von besondern Friedensverhandlungen mit Deutschland, durch die eine bestimmte Kriegsschuldung festzulegen und durch die die übrigen aus dem Kriege sich ergebenden Fragen geregelt werden sollen;
4. Anerkennung des in der Resolution Wilson ausgesprochenen Grundgedahes der Mitwirkung Amerikas an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser durch irgendeine Macht oder eine Vereinigung von Mächten bedroht werden sollte;
5. Annahme einer Resolution, durch die die Einigkeit der Vereinigten Staaten mit den alliierten Mächten darüber festgestellt wird, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet ist, die Kriegsschulden bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder auszumachen;
6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einschränkung der Rüstungskraftungen;
7. Aufnahme von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika wird diesem Bunde beitreten unter Aufrechterhaltung des Prinzips seiner Aktionsfreiheit und der Nicht-einmischung in rein europäische Angelegenheiten.

Ob es den sieben Punkten Hardings nicht schließlich genau so ergeht wie der doppelt so großen Zahl Punkte Wilsons, wird die Zukunft lehren. Gegen „Punkte“ haben wir jedenfalls allen Anlaß mißtraulich zu sein.

Die Friedensmöglichkeiten von 1917.

Dokumente aus dem Vatikan.

In den „Stimmen der Zeit“, früher Stimmen aus Maria Laach genannt, beschäftigt sich der Jesuitenpater Velder mit den Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917. Der Verfasser stützt sich dabei auf Urkunden aus dem Vatikan. In seinen Ausführungen heißt es:

Im Frühjahr 1917 war die allgemeine Friedenssehnsucht bei den Kabinetten noch mehr als bei den Völkern groß. Der U-Bootkrieg hatte England empfindlich geschädigt. Amerika hatte sich noch nicht in den Krieg eingegriffen, England fürchtete die entscheidende Rolle auf dem Friedenskongress an Amerika abgeben zu müssen. Im französischen Kabinett war ein geheimer Beschluß zur Volksabstimmung in Elsas-Lothringen über Angliederung der französisch sprechenden Teile an Frankreich, der andere an Deutschland gefaßt worden. Der Papst war von allem genau unterrichtet und schlug das folgende Friedensprogramm vor:

1. Gegenseitige Abrüstung bis zu einem gewissen Maß.
2. Herausgabe des politisch und militärisch zu neutralisierenden Belgien durch Deutschland, aber nicht an die Entente, unter Freilassung seines wirtschaftlichen Ansehens.
3. Rückgabe der deutschen Kolonien an Deutschland durch England.
4. Freiheit der Meere.
5. Die rechte Lösung der polnischen, belgischen und armenischen Frage.
6. Strittige Gebiete sollen vom Friedenskongress entschieden werden unter Berücksichtigung des Völkertums, gegen gewisse Forderungen des Ganzen auf Spiel zu setzen.
7. Abseiner Verzicht auf Kriegsflotten.

Als diese Punkte haben England, Frankreich und Italien gut geheißen, es galt, nur noch Deutschland zu gewinnen. Der Wilsdruffer Kunzins Facelli verhandelte darüber in geheimer Mission mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Auch der Kaiser war zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Mit der neuesten Zusage schien alles gewonnen und die Friedensverhandlungen schienen unmittelbar vor der Tür zu stehen. Da geschah Erzbergers Friedensentscheidung im Reichstag und der Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg alles und offenbarte die innere Zerrissenheit Deutschlands, das Fehlen eines einheitlichen geschlossenen Willens und die Schwäche Österreich-Ungarns.

Mit einem Schläge kam es zum Umsturz in Frankreich. Das französische Parlament zwang die Regierung zu einem äußerst scharfen Kriegsprogramm mit der Forderung von Elsas-Lothringen, und die französische Presse forderte förmlich die Weiterführung des Krieges. England in militärischer Lage, hatte seine Zusage zu Verhandlungen noch nicht zurückgezogen. Der Papst fragte wiederholt in Berlin an, ob der neue Komplex Dr. Michoels die Zusage Bethmann Hollwegs zur Herausgabe von Belgien aufrechterhalte. Die Antwort war ungenügend und kam zu spät. Nun trat Wilson, offenbar gekränkt, weil England ihn bisher übergangen hatte, mit seiner Anerkennung von Frankreichs Ansprüchen auf Elsas-Lothringen auf Frankreichs Seite, und das bis dahin immer noch schwankende England trat schließlich auch noch bei. Im Oktober 1917 ließ England dem immer noch hollenden Papst mitteilen, daß jetzt von Friedensverhandlungen überhaupt keine Rede mehr sein könne. Auch England hatte erkannt, daß es bei der Uneinigkeit der deutschen Parteien und der drohenden innerpolitischen Entwicklung in Deutschland in absehbarer Zeit doch zu seinem Ziele kommen werde. Der letzte Reichskanzler Feilerbach hat nachträglich erklärt, wenn er gewußt hätte, was damals auf dem Spiele stand, dann hätte er niemals seine Unterfertigung unter die parlamentarische Aktion gesetzt. Jetzt gab es nur für Deutschland die Entscheidung durch Waffenerfolge. Wären diese aus, so war unser Untergang besiegelt.“

Die Arbeitswirren in England.

Auslandsbeschlüsse und Ausschreitungen.

Wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Wunder geschieht oder eine der beiden mächtigen Parteien — der Dreierbund der Arbeitnehmer auf der einen, Regierung und Arbeitgeber auf der andern Seite — sich eines Besseren bekennt und verständlich einlenkt, wird sich England am Morgen des 16. April einem Arbeiterausstand, wie es in seiner ganzen langen Geschichte noch nicht erlebt hat, gegenübersetzen. Die Lage hat sich dort zugespitzt, daß man in England selbst nur noch geringe Hoffnung auf den Rufen von Vermittlungskaktionen hat.

Von allen Seiten regnet es Auslandsbeschlüsse, und die Zahl der Sympathisanten, die angezündigt werden, wächst von Stunde zu Stunde. Das Verwaltungsverbot der Eisenbahnen, die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnmaschinen, die Streikflüchtige — alle wollen sie mitmachen, ja selbst aus dem fernsten Kanada melden sich Streikflüchtige, die in dem Augenblick, wo kanadische Kohle nach England verschifft werden sollte, die Arbeit niederlegen wollten.

Die Regierung, mit Lloyd George an der Spitze, läßt natürlich nichts unversucht, um die hohen Streikflüchtige durch künstliche Mittel herabzusetzen, aber der Ministerpräsident muß im Unterhause immer wieder erklären, daß die Freiheit sehr ernst sei.

Im Falle einer Ausdehnung der Arbeitseinstellung sollen die Arbeitswilligen in den lebenswichtigen Betrieben unter allen Umständen geschützt werden. Daß ein